

ALLGEMEINES

Preis gegen Diskriminierung. Darmstadt hat am 20. Mai den „Gesicht zeigen“-Preis 2014 verliehen, mit dem beispielhafte Handlungsansätze gegen Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Antiziganismus belohnt werden. Den ersten Preis erhielt der städtische Verein „Vielbunt“, der sich gegen die Herabwürdigung homosexueller, bisexueller und transsexueller Menschen einsetzt. Die drei zweiten Preise gingen an den „Förderverein Liberale Synagoge Darmstadt“ für seine aktive Erinnerungsarbeit, an den Fotokurs „Darmstadt zeigt Gesicht“ für seine visuelle Konfrontation mit den Themen Rassismus, Ausgrenzung und Stigmatisierung und an zwölf Schülerinnen und Schüler der Lichtenbergschule für ihr Projekt „Schüler gegen das Vergessen“ zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus. *Quelle: Städtetag aktuell 5.2014*

Freiheit und bürgerschaftliches Engagement.

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage im Auftrag der Herbert Quandt-Stiftung. Von Thomas Petersen. Hrsg. Herbert Quandt-Stiftung. Selbstverlag. Bad Homburg v.d. Höhe 2012, 114 S., kostenlos *DZI-E-0827* Das Thema „Freiheit“ ist ein ständiger Begleiter der Debatte über das richtige Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. In sozialwissenschaftlichen Studien kommt es aber seit Jahren erstaunlich selten vor. Eine komplette Leerstelle ist die Verhältnisbestimmung von Freiheit und bürgerschaftlichem Engagement. Hier setzt die Repräsentativstudie (Befragungen von 1761 Personen ab 16 Jahren) des Autors dieser Veröffentlichung an. Er zeigt deutlich, dass begeistertes bürgerschaftliches Engagement dort am stärksten in Erscheinung tritt, wo der Wert der Freiheit hohe gesellschaftliche Anerkennung genießt. Eine Herausforderung für Staat, Zivilgesellschaft und Individuum. Bestellanschrift: Herbert Quandt-Stiftung, Am Pilgerrain 15, 61352 Bad Homburg v.d. Höhe, Tel.: 06 172/ 40 45 00, Internet: www.herbert-quandt-stiftung.de

Verschärfung des Asylrechts. Der Bundestag hat am 3. Juli dieses Jahres eine Änderung des Asylrechts beschlossen, laut der Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien künftig als sichere Herkunftsländer gelten, in denen eine politische Verfolgung nicht stattfindet. Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern können somit schneller abgelehnt werden. Nach Auffassung der Diakonie Deutschland erfahren Angehörige der Roma und anderer Minderheiten in den drei Balkanstaaten häufig Diskriminierungen, ohne die jeweilige Menschenrechtsverletzung im Einzelfall nachweisen zu können. Beispielsweise erhalte niemand eine Bescheinigung über eine abgelehnte medizinische Behandlung. Infolgedessen sei es ratsam, die Anforderungen an die Antragstellung zu senken. Vor Inkrafttreten muss der Bundesrat der Neuerung zustimmen. *Quelle: Mitteilung der Pressestelle Diakonie Deutschland vom 3.7.2014*

Schritte gegen Antiziganismus. Da gegen Sinti und Roma gerichtete Vorurteile in allen Bereichen von Politik und Gesellschaft verbreitet seien, empfiehlt die Fraktion Die Grünen unter Bezugnahme auf die „Mitte Studie“ der Universität Leipzig ein entschlossenes Vorgehen gegen den Antiziganismus in Deutschland, der eine soziale Ausgrenzung und Benachteiligungen in den Bereichen Wohnen, Bildung, Arbeit und Gesundheit mit sich bringe. Aufgrund ihrer historischen Verantwortung für die Opfer des Nationalsozialismus stehe die Bundesrepublik in der Pflicht, gegen die Stigmatisierungen vorzugehen. Die Regierung wird angehalten, einen Expertenkreis zu etablieren, der in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die beschriebene Form der Fremdenfeindlichkeit anfertigen soll. Darüber hinaus müsse darauf hingewirkt werden, die wissenschaftliche Forschung zu dem Problem im Hochschulbereich zu verankern. *Quelle: hib vom 3.7.2014*

SOZIALES

Sozialverband VdK lehnt Pflegevorsorgefonds

ab. Von der zukünftigen Erhöhung des Pflegebeitragsatzes um 0,5 % zur Finanzierung der großen Pflegereform möchte die Bundesregierung 0,1 % für einen Pflegevorsorgefonds abzwergen. Der Sozialverband VdK kritisiert dieses Vorhaben mit der Argumentation, die Mittel in Höhe von 1,2 Mrd. Euro jährlich könnten sinnvoller investiert werden, wie beispielsweise in die Ausbildung von Pflegefachkräften und in die Prävention. Obwohl es wichtig sei, pflegende Angehörige zu entlasten, stehe die vor einigen Monaten angekündigte Lohnersatzleistung noch nicht in dem aktuellen Gesetzesentwurf. Um denjenigen Menschen entgegenzukommen, die zwar Hilfe benötigen, aber dennoch den Kriterien der Pflegeversicherung nicht entsprechen, müsse ein ganzheitlicher Pflegebedürftigkeitsbegriff konzipiert werden, der es ermöglicht, durch frühe Hilfen eine Heimunterbringung zu vermeiden. *Quelle: Pressinformation des VdK vom 3.7.2014*

Verzögerungen bei der Mütterrente. Gemäß der zum 1. Juli dieses Jahres eingeführten Mütterrente kann für Kinder, die vor dem Jahr 1992 geboren wurden, ein zusätzliches Jahr als Kindererziehungszeit angerechnet werden, womit sich die Rente im Westen um 28,61 Euro und im Osten um 26,39 Euro erhöht. Den Sozialverband VdK erreichen derzeit viele Anfragen, da in den aktuellen Rentenanpassungsmitteln, die im Juni verschickt wurden, die Verbesserungen bei der Mütterrente noch nicht berücksichtigt wurden. Grund zur Sorge bestehe nicht. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur wird die Mütterrente ohne Antrag gewährt, wenn bei der Rente bereits vorher Kindererziehungszeiten für ein vor dem Jahr 1992 geborenes Kind berücksichtigt wurden. Diejenigen, die der Rentenversicherung schon Informationen über ihre Kinder gegeben hätten, bräuchten ebenfalls nicht aktiv zu werden. Die Versicherung prüfe automatisch, ob das zweite Lebensjahr des Kindes

als Beitragszeit gelte. Wer jedoch bisher noch nie einen Antrag auf Anerkennung von Kindererziehungszeiten gestellt habe, müsse dies nun nachholen, um von der Mütterrente zu profitieren. Nach Angaben des VdK benötigt die Deutsche Rentenversicherung aufgrund der hohen Anzahl an Betroffenen Zeit, um die Reform umzusetzen. Die Auszahlung könne sich bis Ende des Jahres verschieben. *Quelle: VdK Zeitung Juli/August 2014*

Kennzeichnung taubblinder Menschen im Schwerbehindertenausweis. Anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Integrationsfachdienstes für taubblinde und hörbehinderte Menschen (ITM) stellte das Bayerische Sozialministerium die Forderung, das Kürzel „TBI“ als Merkzeichen für taubblinde Menschen im Schwerbehindertenausweis einzuführen, um ein Zeichen für deren besondere Betroffenheit zu setzen. Da durch die Kombination zweier Sinnesbeeinträchtigungen besondere Partizipationsbarrieren entstünden, trete der Freistaat für bessere Teilhabechancen ein. Der ITM wird vom Bayerischen Sozialministerium mit 40 000 Euro pro Jahr gefördert. Die Anschrift der Website des ITM lautet www.fachdienst-itm.de. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration vom 1.7.2014*

Hartz IV: Jobwunder oder Armut per Gesetz?

Eine Bilanz von Helmut Hartmann. Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2013, 62 S., EUR 7,50 *DZI-E-0830*

Die Zusammenlegung der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe in der am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Hartz-IV-Reform ist bis heute umstritten. Mit Blick auf die aktuellen Kontroversen bietet diese Broschüre eine leicht verständliche Darstellung der dahingehenden Maßnahmen und Gesetze. Beschrieben werden die Entstehungsgeschichte von Hartz IV, der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die Aufgaben der Jobcenter, der Umfang der gewährten Leistungen und die Instrumente der Arbeitsvermittlung, wobei insbesondere die mit der Hartz-IV-Novelle verbundenen Erwartungen sowie die zwischen dem Bundesarbeitsministerium und der Bundesagentur getroffenen Zielvereinbarungen, die vorgesehenen Sanktionen und die Anzahl der eingereichten Widersprüche und Klagen Beachtung finden. Zur Diskussion stehen darüber hinaus die in den Jahren 2007 bis 2011 vorgenommenen Neujustierungen, die dem Staat obliegenden Kosten, die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und einige sozialpolitische Herausforderungen für die Zukunft. Bestellanschrift: Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/ 62 98 05 02, Internet: www.deutscher-verein.de

Beratung von Menschen mit Handicap. Mit der Absicht, die Inklusion im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention voranzubringen, fördert der Land-

schaftsverband Rheinland (LVR) in den nächsten drei Jahren mit insgesamt 1,4 Mio. Euro zehn Projekte des Peer Counseling, der Beratung von Menschen mit einer Behinderung durch aus eigener Anschauung erfahrene Menschen, die ebenso mit einer Behinderung konfrontiert sind. Auf diese Weise sollen in Regionen des Rheinlandes neue Konzepte erprobt werden, um partizipatorische Prozesse zu stärken. Die Unterstützung zielt insbesondere auf die berufliche und die gesellschaftliche Teilhabe mit Beratungsangeboten zu Fragen in Bezug auf das Arbeitsleben, zum selbstständigen Wohnen, zur Unterstützung bei psychischen Krisen und zur Stärkung der Selbstbestimmung und Emanzipation. Angesprochen sind auch Schülerinnen und Schüler, die eine Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ins Auge fassen. Informationen stehen unter der URL http://www.lvr.de/de/nav_main/soziales_1/menschenmitbehinderung/wohnen/anlaufstellen/peer_counseling/peer_counseling_1.jsp im Internet. *Quelle: Pressemitteilung des LVR vom 3.6.2014*

GESUNDHEIT

Alternativer Drogen- und Suchtbericht. Am 2. Juli dieses Jahres wurde erstmals der von einigen Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftlichen Expertinnen und Experten erstellte Alternative Drogen- und Suchtbericht vorgelegt, der dazu beitragen soll, die bisherigen Erkenntnisse in eine dauerhaft erfolgreiche Drogenpolitik umzusetzen. Vorgeschlagen werden unter anderem ein Verbot von Werbung für Alkohol und Tabak, eine Erhöhung der Tabaksteuer, die Ausweitung der Drogenkonsumräume, die Regulierung des Cannabismarktes durch Abgabestellen und die Verbesserung der Substitutionsbehandlung für heroinabhängige Menschen. Die vom Akzept e.V., der Deutschen AIDS-Hilfe und dem Selbsthilfe-Netzwerk JES Bundesverband herausgegebene Studie ist im Internet unter <http://alternativer-drogenbericht.de> erhältlich. Geplant sind jährliche Aktualisierungen. *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen AIDS-Hilfe vom 2.7.2014*

Entlassungsmanagement durch Soziale Arbeit in Krankenhäusern und Rehabilitationskliniken. DVSG Positionspapier. Hrsg. Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V. (DVSG). Selbstverlag. Berlin 2013, 33 S., kostenlos *DZI-E-0898*

Vor dem Hintergrund der Erfahrung, dass der medizinische Therapieerfolg durch eine defizitäre Anschlussversorgung beeinträchtigt werden kann, wurde das Entlassungsmanagement im Jahr 2013 im Sozialgesetzbuch V als Rechtsanspruch der Patientinnen und Patienten verankert. Diese Broschüre beschreibt die dahingehenden Anforderungen an die Soziale Arbeit im Gesundheitswesen sowie Ziele und Ablauf entsprechender Interventionen, ergänzt durch einen Überblick über zuständige Berufsgruppen und Einrichtungen sowie Empfehlungen für eine nachhaltige Praxis. Das Positionspapier steht auf

der Website des Vereins zum Download bereit. Bestellanschrift der Druckversion: Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V., DVSG-Bundeschäftsstelle, Haus der Gesundheitsberufe, Alt-Moabit 91, 10559 Berlin, Tel.: 030/39 40 64 54-0, Internet: www.dvsg.org

Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) steigen. Anlässlich des am 5. Juni dieses Jahres beschlossenen „GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetzes“ stellte die Fraktion Die Linke im Bundestag eine Kleine Anfrage zur Entwicklung der Krankenkassenausgaben in den letzten zehn Jahren und zur Deckelung der Zuschläge an die Bundesregierung. Gemäß der Antwort sind die Ausgaben der GKV in dem genannten Zeitraum um etwa 3,7 % jährlich angestiegen und lagen im Jahr 2013 bei 194,5 Mrd. Euro. Eine Begrenzung der ab dem 1. Januar 2015 möglichen einkommensabhängigen Zusatzbeiträge stehe vorerst nicht auf dem Programm. *Quelle: KBV Klartext vom Juni 2014*

Logo für Online-Apotheken in der EU. Um vor gefälschten Arzneimitteln zu schützen, hat die EU-Kommission ein gemeinsames Logo für Online-Apotheken eingeführt, das ab der zweiten Jahreshälfte 2015 zur Verfügung stehen wird. Dieses Logo wird mit der Flagge des EU-Landes, in dem die Apotheke ihren Sitz hat, zusammen mit einem Text in der jeweiligen Amtssprache ver-

hen. Ein Mausklick führt zu der Website der nationalen zuständigen Behörde, auf der sich eine Liste aller zugelassenen Online-Apotheken oder sonstigen zugelassenen Arzneimittelvertreiber befindet. Ist die betreffende Apotheke dort nicht aufgeführt, wird von einem Medikamentenkauf abgeraten, da gefälschte Arzneimittel schädlich oder gar tödlich sein können. Die Mitgliedstaaten haben ein Jahr Zeit, um sich auf die Anwendung vorzubereiten. *Quelle: Pressemitteilung der EU-Kommission vom 24.6.2014*

JUGEND UND FAMILIE

Neue Täterberatungsstellen in Niedersachsen.

Das Land Niedersachsen erweitert das Netz der „Täterberatungsstellen Häusliche Gewalt“ um drei neue Einrichtungen in Hildesheim, Oldenburg und Peine, die mit jeweils 20 000 Euro pro Jahr gefördert werden. Trotz der sieben bereits seit dem Jahr 2010 bestehenden Beratungsangebote war die Anzahl der registrierten Vorfälle häuslicher Gewalt im Jahr 2013 mit 15 335 Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 1,3 % gestiegen. Die Hilfestellung richtet sich an Männer, die freiwillig bereit sind, ihr Verhalten zu ändern, kann aber auch als Zwangsaufgabe der Strafverfolgungsbehörden eingesetzt werden, um ein Unrechtsbewusstsein und einen kontrollierten Umgang mit Aggressionen zu vermitteln. Wichtig sei eine Vernetzung mit Polizei, Justiz und Anlaufstellen für Frauen, um die



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel für die Beurteilung von Investitionsentscheidungen. Dafür haben wir ein Analyse-Paket entwickelt, das Ihnen Sicherheit gibt, Ihre beabsichtigte Investition in allen Belangen vorher durchleuchtet zu haben.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.
Die Bank für Wesentliches.



Bank
für Sozialwirtschaft

Berlin | Brüssel | Dresden | Erfurt | Essen | Hamburg | Hannover | Karlsruhe | Kassel
Köln | Leipzig | Magdeburg | Mainz | München | Nürnberg | Rostock | Stuttgart

www.sozialbank.de

Arbeit effektiv zu gestalten. *Quelle: Pressemitteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vom 11.6.2014*

Empfehlungen zur Verwandtenpflege. Nach Informationen des Statistischen Bundesamtes lebten im Jahr 2011 22 % der insgesamt 61 894 Pflegekinder bei Verwandten, wobei nur solche Pflegeverhältnisse erfasst sind, in denen Hilfe zur Erziehung in Form der Vollzeitpflege oder eine entsprechende Hilfe für junge Volljährige gewährt wird. Für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe hat der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge Empfehlungen konzipiert, wie sie den Verwandtenpflegefamilien zur Seite stehen können. Die im Internet unter www.deutscher-verein.de/02-presse/2014/verwandtenpflegefamilien-brauchen-unterstuetzung-und-anerkennung abrufbaren Hinweise beziehen sich auf die rechtlichen Grundlagen, auf die sozialpädagogische Arbeit mit der Pflegefamilie und auf die Organisation der Aufgabenwahrnehmung. Wünschenswert seien vertiefende Forschungen, um die vorhandenen Konzepte weiterentwickeln zu können. *Quelle: Pressemeldung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. vom 24.6.2014*

Zukunft Personalentwicklung für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe. Abschlussdokumentation des EREV-Projektes ZuPe. Hrsg. Björn Hagen. Schöneworth-Verlag, Hannover 2013, 156 S., kostenlos *DZI-E-0833* Für die Qualitätssicherung von Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe spielt das erfolgreiche Personalmanagement eine entscheidende Rolle. Um bei hier entstehenden Fragen zur Seite zu stehen, befasst sich diese Broschüre mit Bezug auf das in den Jahren 2010 bis 2013 durchgeführte Weiterbildungsprojekt „Zukunft Personalentwicklung – ZuPe“ mit den Eigenschaften professioneller Organisationen und mit Themen wie Qualifizierung, Führung, psychische Belastung im Beruf und Employer Branding, die Arbeitgebermarkenbildung. Weitere Beiträge geben Einblicke in die wissenschaftliche Evaluation der genannten Initiative, in Ansätze zur Partizipation junger Menschen mit einem Handicap und in mögliche Verfahren der Personalauswahl und -entwicklung. Bestellschrift: Evangelischer Erziehungsverband, Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81, Internet: www.erev.de

Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser für das Jahr 2015. In dem am 2. Juli dieses Jahres beschlossenen Haushaltsentwurf der Bundesregierung sind für das Jahr 2015 16 Mio. Euro für die Anschlussförderung der insgesamt 450 Mehrgenerationenhäuser vorgesehen. Laut dem Bundesfamilienministerium wird das Ziel angestrebt, diese Häuser nachhaltig zu sichern und Wege für deren dauerhafte Etablierung zu finden. Mit den Schwerpunkten Alter und Pflege, Integration und Bildung, haushaltsnahe Dienstleistungen und freiwilliges Enga-

gement erbringen die Einrichtungen einen bedeutenden Beitrag zur zivilgesellschaftlichen Partizipation. Im Rahmen des seit dem Jahr 2012 laufenden Aktionsprogramms erhält jedes Haus einen jährlichen Zuschuss von 40 000 Euro aus Mitteln des Bundes, des Europäischen Sozialfonds und der jeweiligen Länder oder Kommunen.

Quelle: Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 2.7.2014

AUSBILDUNG UND BERUF

Förderung von Langzeitarbeitslosen in Nordrhein-Westfalen. Vor dem Hintergrund der seit dem Jahr 2010 vorgenommenen Einsparungen bei der Integration langzeitarbeitsloser Menschen in den Arbeitsmarkt wurde in Nordrhein-Westfalen im Januar 2013 das Programm „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ (ÖGB) mit aktuell 44 Projekten in gemeinnützigen und öffentlichen Betrieben auf den Weg gebracht. Vorgesehen ist eine Unterstützung für einen Zeitraum von bis zu vier Jahren, wobei die individuellen Lohnkostenzuschüsse für maximal zwei Jahre von den Jobcentern und für weitere zwei Jahre vom Land finanziert werden. Die Arbeitsplätze reichen von handwerklichen Dienstleistungen über den Einzelhandel, die Betreuung in Kindergärten und Schulen und die Produktion bis hin zu Tätigkeiten in der Verwaltung. Für das Vorhaben stehen Fördermittel des Landes und des Europäischen Sozialfonds in Höhe von 14,8 Mio. Euro zur Verfügung. Das Arbeitsministerium in Nordrhein-Westfalen möchte mit der Initiative Impulse für weitere soziale Anstrengungen geben. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit und Soziales Nordrhein-Westfalen vom 8.5.2014*

Gemeinwesen- und Vernetzungsarbeit in Kindertagesstätten. Die Hochschule Emden/Leer bietet einen Zertifikatskurs zur Gemeinwesen- und Vernetzungsarbeit für pädagogisches Fachpersonal in Leitungs- und Führungspositionen von Kindertageseinrichtungen, Kirchengemeinden, sozialen Organisationen, Familienzentren und weiteren Einrichtungen an. Die Inhalte der Weiterbildung sind auf den entsprechenden beruflichen Kontext ausgerichtet und sehen die Einbindung beruflicher Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor. Mit der erfolgreichen Teilnahme und einem eingebundenen Praxisprojekt wird ein Zertifikat erworben. Die Weiterbildung umfasst sechs Teilmodule und findet im Regionalen Pädagogischen Zentrum in Aurich, in der Evangelischen Erwachsenenbildung Ostfriesland in Leer und an der Hochschule Emden/Leer am Standort Emden statt. Weitere Informationen sind unter zfw.hs-empden-leer.de zu finden. *Quelle: Pressemitteilung der Hochschule Emden/Leer vom 16.6.2014*

Neuer Masterstudiengang Netzwerkmanagement Bildung. Absolventinnen und Absolventen von Bachelor-Studiengängen, die über eine qualifizierte

Berufserfahrung von einem Jahr verfügen, können sich ab dem Sommersemester 2014 für den neuen berufsbegleitenden Studiengang „Netzwerkmanagement Bildung für nachhaltige Entwicklung – Schwerpunkt Kindheitspädagogik“ (BNE) an der Alice Salomon Hochschule in Berlin einschreiben. Vermittelt werden wissenschaftliche und forschungsorientierte Kenntnisse und die Expertise, durch ein innovatives Netzwerkmanagement die Inhalte und Methoden einer Bildung für nachhaltige Entwicklung mit aktuellen Belangen der Kindheitspädagogik zu verknüpfen. Der Masterstudiengang, dem von der Akkreditierungsagentur AQAS e.V. ein Alleinstellungsmerkmal zugesprochen wurde, zeichnet sich durch einen starken Praxisbezug, eine Orientierung auf die konzeptionelle Arbeit und eine kompetente Begleitung durch Mentorinnen und Mentoren mit langjähriger Berufserfahrung aus. Die Studiengebühren betragen 6 000 Euro zuzüglich der jeweiligen Semesterbeiträge. *Quelle: alice, magazin der Alice Salomon Hochschule Berlin, Sommersemester 2014*

SOCIAL MEDIA – Chance für Soziale Organisationen. Überlegungen zur Nutzung von Social Media in Organisationen Sozialer Arbeit. Von Michael Erz. SchöneworthVerlag. Hannover 2013, 64 S., kostenlos *DZI-E-0834*

Der Begriff „social media“ bezeichnet Medien der internetbasierten Kommunikation und Kooperation wie beispielsweise Soziale Netzwerke, Plattformen, Wikis und Blogs. Um Organisationen, die im Feld der Sozialen Arbeit tätig sind, einen Einblick in die mit deren Nutzung verbundenen Möglichkeiten und Risiken zu vermitteln, befasst sich diese Broschüre ausgehend von begrifflichen Erläuterungen mit der gesellschaftlichen und unternehmerischen Bedeutung der digitalen Interaktion. Im Einzelnen beleuchtet werden beispielsweise Anwendungsbeispiele wie das Fundraising und die Personalbeschaffung, Probleme des Datenschutzes sowie Fragen in Bezug auf die Partizipation und das Empowerment der Adressatinnen und Adressaten. Die Handhabung der Technologien wird erleichtert durch Hinweise zur Implementierung, zu begleitenden Maßnahmen, zum Controlling und zur Evaluation. Bestellanschrift: Evangelischer Erziehungsverband, Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/ 39 08 81-0, Internet: www.erev.de

5.9.2014 Berlin. Fachtag: Kinder aus Suchtfamilien – auf dem Weg vom Schatten ins Licht. Information: NACOA Deutschland – Interessenvertretung für Kinder aus Suchtfamilien e.V., Gierkezeile 39, 10585 Berlin, Tel.: 030/35 12 24 30, E-Mail: info@nacoa.de

10.-12.9.2014 Köln. 10. Kinderschutzforum: Kindgerecht – Verändertes Aufwachsen in einer modernen Gesellschaft. Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/56 97 53, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

18.-19.9.2014 Berlin. Fachtagung Jugendhilfe: Warten auf die Große Lösung. Hilfen und Unterstützung aus einer Hand – Anforderungen aus der Praxis an die Umsetzung. Information: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-136, E-Mail: agfj@difu.de

20.-21.9.2014 Dresden. Fachtagung und Mitgliederversammlung des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen. Information: BVKM, Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf, Tel.: 02 11/640 04-0, E-Mail: info@bvkm.de, Internet: www.bvkm.de

26.-28.9.2014 Loccum. Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie: Bürgerbeteiligung vor neuen Herausforderungen. Information: Stiftung Mitarbeit, Claudia Leinauer, Ellerstraße 67, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/604 24-13, E-Mail: leinauer@mitarbeit.de

6.-7.10.2014 Berlin. Seminar: Interkulturelle Kompetenz in der Sozialen Arbeit. Information: Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V., Alt-Moabit 91, 10559 Berlin, Tel.: 030/394 06 45 40, E-Mail: info@dvsq.org

10.-11.10.2014 Berlin. 2. Berliner Arbeitstagung kritische Soziale Arbeit: Einmischen – Strategien und Gegenwehr. Information: Prof. Dr. Mechthild Seithe, Beate Köhn, Blunckstraße 12d, 13473 Berlin, E-Mail: info@einmischen.com

13.-15.10.2014 Potsdam. 54. DHS Fachkonferenz Sucht: Suchtprävention für alle. Ziele, Strategien, Erfolge. Information: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Postfach 1369, 59003 Hamm, Tel.: 023 81/90 15-0, E-Mail: kaldewei@dhs.de

15.-17.10.2014 Berlin. Fachtagung für ArbeitsanleiterInnen, GruppenleiterInnen und HauswirtschaftsleiterInnen: Beschäftigungskonzepte zwischen Tagesstrukturierung und Arbeitsförderung. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., Boyenstraße 42, 10115 Berlin, Tel.: 030/284 45 37-0, E-Mail: info@bagw.de